



Kampagne gegen Ausgrenzung von Asylsuchenden  
E-Mail: [kontakt@gegen-ausgrenzung.de](mailto:kontakt@gegen-ausgrenzung.de)  
Web: <http://www.gegen-ausgrenzung.de>

Presseerklärung 11. März 2009

**Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen – dezentrale Unterbringung statt Heime!**

**Straßentheater vor dem Rathaus und Einladung zur Wohnheimbesichtigung  
12. März 2009, 15.30 -16.30 Uhr**

Wir bieten interessierten Journalisten die Möglichkeit Asylsuchende in den Heimen zu besuchen. Dabei versuchen wir Ihre Zeitvorstellungen zu realisieren!

In Dresden sind derzeit nur ca. 130 Leistungsempfänger nach AsylbLG (ca. 27%) dezentral untergebracht. Die Mehrheit lebt in so genannten Übergangswohnheimen und das schon seit Jahren. Die Mitglieder der Kampagne sehen darin einen Verstoß gegen die Menschenwürde.

Die Kampagne gegen Ausgrenzung von Asylsuchenden hat den Stadtratsfraktionen einen Antrag vorgelegt, der von der Dresdner Verwaltung ein Konzept für die dezentrale Unterbringung fordert. Zur Unterstützung dieses Anliegens erging an alle Stadtratsfraktionen die Einladung zu Wohnheimbesichtigungen, was von einzelnen Stadträten auch genutzt wurde

Der Antrag zur dezentralen Unterbringung wird am 12.3. als TO-Punkt Nr. 34 behandelt.

Um die Abgeordneten im Vorfeld der Abstimmung noch einmal für die Problematik zu sensibilisieren und die Notwendigkeit der dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen zu verdeutlichen, veranstaltet die Kampagne ab 15:30 Uhr vor dem Dresdner Rathaus am Eingang Goldene Pforte eine Straßentheater-Aktion.

Dazu Pablo Gomez: „Es gibt viele gute Gründe die ca. 200 noch in Dresdner Heimen lebenden Asylsuchenden, geduldeten Migrantinnen und Migranten, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern in Wohnungen unterzubringen!

Stellen Sie sich vor, Ihnen stehen 6 - 8 m<sup>2</sup> Wohnraum zur Verfügung, Ihnen wird der Wohnort zugewiesen, Sie müssen Ihr Zimmer mit anderen fremden Personen teilen und das vielleicht seit 10 Jahren? Würden Sie das wollen? Sicherlich nicht! Die Stadtverwaltung meint, die Wohnsituation in den Heimen habe sich verbessert. Dennoch wohnen immer noch Familien und Kinder in Asylbewerberheimen, es gibt immer noch Mehrpersonenzimmer, in denen familiär nicht verbundene Menschen über sehr viele Jahre zusammen leben müssen.“

„Die Erfahrung mit der Einführung von Bargeld für die Verpflegung von Asylsuchenden hat gezeigt, dass sogar sachsenweit politischer Erfolg eintreten kann, wenn Dresden sich als Vorreiter auf dem Gebiet versucht.“ widerspricht Pablo Gomez den Bedenken, man könne eine landesweite Praxis nicht per Stadtratsbeschluss kippen.

Die bisherige Unterbringung in Asylbewerber- bzw. Übergangswohnheimen, bei der gesetzlich pro Person nur 6 m<sup>2</sup> vorgeschrieben sind und in Dresden derzeit ca. 8 m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen, führt zu Entmündigung und Unselbständigkeit der Einwohner. Hinzu kommt ein absoluter Mangel an Rückzugsmöglichkeiten. Kontrollmaßnahmen vermitteln den Betroffenen das Gefühl des Ausgeliefertseins. Diese Umstände verursachen erhebliche Spannungen sowie physische und psychische Beeinträchtigungen. Die zentrale Unterbringung verschärft den Zustand der ohnehin vorhandenen teilweise jahrelangen Unsicherheit, in dem diese Menschen leben. Diesen Umständen soll mit einer verstärkten dezentralen Unterbringung entgegengewirkt werden. Dass es möglich ist, zeigt ein Vergleich mit anderen Städten. So sind in Leipzig und Chemnitz mit ca. 62% bzw. 66% sowie in Cottbus mit 100% bereits deutlich mehr als die Hälfte der AsylbewerberInnen und geduldeten Migranten dezentral untergebracht.

**Hier ein Audiobeitrag zur morgigen Aktion:**

**[http://www.gegen-ausgrenzung.de/bilder/Stadtrat\\_wohnen.mp3](http://www.gegen-ausgrenzung.de/bilder/Stadtrat_wohnen.mp3)**

Kampagne gegen Ausgrenzung von Asylsuchenden

Rückfragen an: Pablo Gomez 0152/03602110 und Carsten Enders 0152/05303898